

Annoneen:
Annahme-Bureau
Dr. Pozen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 16.)
bei C. L. Ulrich & Co.
Breitstraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Gräf bei L. Streitand,
in Breslau b. Emil Rabath.

Posener Zeitung.

Achtziger Jahrgang.

Mr. 91.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierjährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Dienstag, 6 Februar
(erscheint täglich drei Mal.)

Unterste 20 Pf. die beschworene Seite über dem Raum, Wellenmuster horizontal höher, als an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1877.

Amtliches.

Berlin, 5. Februar. Der König hat dem Landrat Himmel zu Cosel den Charakter als Geh. Reg.-Rath verliehen; sowie den außerdentl. Prof. Dr. theol. Theodor Zahn in Göttingen zum ordentl. Prof. in der theolog. Fakultät der Universität zu Kiel; und den außerdentl. Prof. Dr. Richard Pischel in Kiel zum ordentl. Prof. in der phil. Fakultät der dortigen Universität ernannt.

Die bish. kommiss. Kreis-Schulinspektoren Dr. Leopold Tiez in Braunsberg, Gustav Bigouroux in Wartenburg, Joh. Herm. Rudolph Bartels in Gutslandt und Johannes Seemann in Heilsberg sind zu Kreis-Schulinspektoren im Reg.-Königsberg i. Pr. ernannt, an dem kath. Schullehrer-Seminar zu Kempen ist der prov. Lehrer Belten als erster Lehrer definitiv angestellt, der Konfessorial-Rath Meinerhoff zu Siettin ist an das königl. Konfistorium der Provinz Brandenburg versetzt, der in die Oberpfarre zu Biesenthal berufene bish. Pfarrer und Superintendent Hermann Raguse in Grampern zum Superintendenten der Diöcese Bernau, Regierungsbez. Potsdam, bestellt worden.

Vom Landtage.

3. Sitzung des Herrenhauses.

Berlin, 5. Februar. 12 Uhr. Am Ministertische Fürst Bismarck, Graf zu Eulenburg, Camphausen, Leonhardt, Friedenthal, Geh. Rath Liedemann u. A.

Die Tribünen sind stark besetzt. Präsident Herzog von Ratibor: Mr. H., ich habe noch nicht Gelegenheit gehabt, Ihnen persönlich meinen aufrichtigen Dank für das Vertrauen auszusprechen, welches Sie mir durch die Wahl zum Präsidenten entgegengebracht haben. Ich halte es für eine dringende Pflicht, dies jetzt nachzuholen und erkläre, daß ich die Wahl zum Präsidenten des Hauses dankendannehme. Ich werde mich bemühen, den Verpflichtungen möglichst nachzukommen und unparteiisch die Geschäfte zu führen und zu fördern; ich bitte um Ihre mir so nothwendige Nachsicht und wohlwollende Unterstützung.

Der Präsident teilt hierauf mit, daß das Präsidium des Hauses anlässlich des Hinscheidens des Prinzen Karl Sr. Majestät dem Kaiser und Ihrer Majestät der Kaiserin die Theilnahme des Hauses ausgedrückt habe; Se. Königl. Hoheit der Prinz Karl habe in seinem letzten Schmerze den Empfang des Präsidiums abgelehnt und seinen Dank für die ausgedrückte Theilnahme in einem Handschreiben ausgesprochen.

Neugetreten ist Professor Forchhammer aus Kiel; verstorben der Herzog Eugen von Württemberg. Das Haus ehrt sein Andenken in üblicher Weise.

Das Mandat der Herren v. Rabe, Elwanger und Baumstark als Mitglieder der statistischen Zentralkommission und des Hrn. Sulzer als Mitglied der Staatschulden-Kommission sind erloschen; die Neuwahl wird in der nächsten Sitzung stattfinden.

Eingegangen sind: ein Staatsvertrag, betreffend die Grenzregulierung zwischen Preußen und der freien Stadt Hamburg, der 28. Bericht der Staatschulden-Kommission, welch durch einmäßige Schlusserörterung im Plenum, der Gesetzentwurf, betreffend die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst, die durch Plenarberatung erledigt werden sollen; ferner ein Gesetzentwurf, betreffend die Amortisation von Aktien und auf den Inhaber lautenden Schuldtverreibungen der Altengesellschaft in Schleswig-Holstein, der der Justiz-Kommission und ein Gesetzentwurf, betreffend die Unterbringung von verwahrlosten Kindern in Erziehungs- oder Besserungsanstalten, welcher einer besonderen Kommission von 15 Mitgliedern überwiesen wird.

Die Interpellation des Grafen Schulenburg-Beeckendorff, betreffend die Aufhebung der Sequestration des Vermögens des Königs von Hannover wird vorläufig vertagt. Das Haus tritt in die Beratung des Gesetzentwurfs wegen Aufhebung des Lehnsverbandes in den Geltungsbereiche des östpreußischen Provinzialrechts.

Eine Diskussion knüpft sich im Wesentlichen nur an die Frage, ob eine Entschädigung für die Aufhebung des Lehnsverbandes an die Lehnberichtigen überhaupt gerechtfertigt, und sodann, ob sie nach Lage der Lehne in Ostpreußen angemessen und zulässig sei. Graf Lippé hat eine Reihe von Amendements gestellt, welche die Pflicht der Entschädigung gesetzlich feststellen sollen.

Referent Prof. Dr. Dernburg: Die Notwendigkeit und das Bedürfnis zu diesem Gesetzentwurf ist von allen Seiten anerkannt worden; eine Meinungsverschiedenheit entstand nur über die Entschädigungsfrage. Es ist allerdings Thatsache, daß bei Aufhebung der pommerschen und brandenburgischen Lehne die Entschädigung gewährt werden ist, und prinzipiell wurde auch das Recht von der Kommission anerkannt; aber die provinziellen Verhältnisse Ostpreußens liegen ganz anders wie in den anderen Landesbeständen, besonders hervor, daß fast unbeschränkte Veräußerungs- und Verpfändungsbefugnisse, so daß das Lehnsrecht vollständig seinen Wert verliert. Deshalb hat sich das ostpreußische Tribunal, sowie der Provinziallandtag gegen die Entschädigung ausgesprochen und die Kommission hat die Entschädigung mit 6 gegen 6 Stimmen ebenfalls abgelehnt. Die Veränderungen, welche die Kommission beschlossen hat, sind lediglich redaktioneller oder juristischer Natur.

Justizminister Dr. Leibhardt erklärt sich mit den Beschlüssen der Kommission in allen Punkten einverstanden.

Graf Lippé: Bisher haben wir stets den Grundsatz festgehalten, daß die agnatischen Rechte als wohlerworbene Rechte anzusehen seien, die man auch durch Geize nicht anders aufheben könne, als gegen Entschädigung. Diesen Grundsatz haben wir auch bei Aufhebung der Lehne in Pommern und Brandenburg aufrecht erhalten; dieser Gesetzentwurf geht aber von diesem Prinzip ab. Nun liegen die Verhältnisse in Preußen im Einzelnen zwar etwas anders, in Bezug auf den Wert der Lehne dagegen gilt hier dasselbe wie für die anderen Provinzen. Es bestehen allerdings in Ostpreußen Veräußerungs- und Verpfändungsbefugnisse für die Lehnsbesitzer, aber dieselben werden außerdentlich beeinträchtigt, einerseits bei bestehender Desseßion durch das Gefühl des Besitzers, seinen Nachkommen einen Besitz in gutem Zustande zu hinterlassen, andererseits aber durch die Notwendigkeit der Einwilligung des Lehnhofes, welche äußerst schwierig zu erlangen ist. Somit sind die Agnatenrechte durchaus nicht wertlos, und deshalb ist es auch nothwendig, daß bei Aufhebung der Lehne eine Entschädigung gewährt werde, und zwar in einer Form, daß sie der ganzen Familie zu Gute kommt. Ich bitte Sie deshalb, meine Anträge anzunehmen.

Graf Teitau führt aus seiner Erfahrung Beispiele für den Wert der Agnatenrechte in Ostpreußen an und plädiert für die Anträge des Grafen zur Lippe.

beit aus der Welt geschafft sein. Wenn kein Objekt vorhanden ist, wogegen eine Abwehr zu richten ist, dann muß das Gesetz ausgeführt werden, wie es der Beschluss des hannoverschen Provinzial-Landtages will. Auf die Gerüchte, die über den Bestand des Fonds verbreitet werden, will ich nichts geben, aber ich kann mir nicht erklären, wie die ganzen Binsen dastehen, zur Abwehr welfischer Angriffe verwendet werden sollen. Von solchen Angriffen müßte man doch etwas merken; das ist aber nicht der Fall und deshalb habe ich meine Interpellation an die Regierung gerichtet.

Regierungscommisar Georgi Tiedemann: Die Staatsregierung betrachtet den jetzigen Zustand in Bezug der Sequestration des Vermögens des Königs Georg allerdings als einen provisorischen und wünscht lebhaft, daß man zu dem definitiven Zustand zurückkehren könne, welcher in dem mit dem König Georg getroffenen Abkommen seine Grundlage hat.

Aber die Staatsregierung ist der Meinung, daß der Zeitpunkt, zu diesem Definitivum zurückzufahren, noch keineswegs gekommen ist. Sie versteht vollkommen, wie der hannoversche Provinzial-Landtag von dem beschränkten provinziellen Gesetzbuch aus, einen Antrag, wie den gestellten, annehmen könnte; sie versteht aber weniger, wie in diesem Haufe, dessen politischer Horizont sonst doch größere Dimensionen zu haben pflegt, dieser Antrag gewissermaßen reproduziert werden könnte – denn daß die Interpellation heute genau dieselbe Tendenz verfolgt, wie jener Antrag, das steht doch außer allem Zweifel. Für sich muß die Staatsregierung das Recht in Anspruch nehmen, die Frage lediglich aus dem Gesichtspunkte der gesamten preußischen Interessen zu beurteilen. Da liegt es nun nahe, zu erörtern, welchen Effekt würde es haben, wenn dem Antrage jetzt Volksgegenstand und so viel Millionen an den König Georg ausgeschüttet würden. Hierüber gibt es gewisse Anhaltspunkte. Es ist interessant, daß schon die Hoffnung auf eine Änderung des gegenwärtigen Zustandes, welche durch die Diskussion im Provinzial-Landtag und die Annahme des dort gestellten Antrages erreicht worden ist, daß schon allein diese Hoffnung die Agitation der welfischen Partei in ungewohnter Weise herausgefordert hat und daß diese Agitationen in der letzten Zeit einen Aufschwung genommen haben, wie wir in der ganzen Zeit vorher nicht zu beobachten Gelegenheit hatten. Daß das keine leeren Behauptungen sind, dafür kann ich Beweise beibringen aus den Reden hervorragender Mitglieder der welfischen Partei, so wie aus Artikeln anerkannter welfischer Presseorgane. Durch alle Neuheiten zieht sich als rother Faden: die Wiederherstellung Hannovers als selbstständiger Bundesstaat des Reiches unter seinem angestammten König Georg. (Der Regierungscommisarius verliest zum Beweise eine Reihe von Auszügen aus dem deutschen Volkszeitung, so wie Stellen aus Wahlaufrufen und Wahlreden von Mitgliedern der Welfenpartei anlässlich der letzten Reichstagswahlen.) Wenn schon in diesem Sinne während der letzten Zeit an fast allen Orten der Provinz Hannover gesprochen und geschrieben worden ist, so liegt doch die Frage nahe, welchen Ton würde die Presse und würden die Reden erst annehmen, wenn dem König Georg so viele Millionen ausgeschüttet würden? Die Frage hat noch eine zweite Seite. Als im Jahre 1868 die Staatsregierung im Einverständnis mit beiden Häusern des Landtages dem König Georg eine so bedeutende Dotierung gewährte, ging sie von der Voraussetzung und Hoffnung aus, daß damit der innere Frieden bestätigt werden würde. Sie glaubte, daß in dem Umstande, daß König Georg sich überzeugt auf einen derartigen Vertrag einließ, schon allein die Voraussetzung für seine friedliche Gestaltung liegen müsse. Sie wurde darin noch bestärkt durch die Auferlegung der Regierung eines großen auswärtigen Staates, welche meinte, daß es für den König Georg erforderlich sei, Frieden zu halten, nachdem er sich zur Annahme der Dotierung bereit erklärt habe. Die Staatsregierung hat sich damals getäuscht; sie ist in einem Irrthum befangen gewesen. So etwas kann auch der vorsichtigste Regierung einmal passieren; ein zweites Mal darf das nicht geschehen. Wollte die Regierung zum zweiten Male in dieser Weise sich täuschen lassen wie im Jahre 1868, so würde sie sich mit Recht den Vorwurf unverantwortlicher Schwäche zuschreiben; einen solchen Vorwurf wünscht aber die Staatsregierung nicht auf sich zu laden. Die Staatsregierung wird nicht die Initiative ergreifen, um dem Provisorium ein Ende zu machen; sie wird abwarten, welche Schritte der König Georg thut; sie wird die Anträge, die er stellt, prüfen und dann weiter verfügen. Die Staatsregierung wünscht eben so dringend wie der Provinzial-Landtag die Herstellung des inneren Friedens; sie wird, wenn König Georg wirklich die Hand zum Frieden und wirkliche und genügende Garantien für seine Vertragsfreiheit, diese Hand ergreifen. So lange aber von einem solchen Entgegenkommen nichts zu hören ist und so lange die Anhänger der welfischen Partei und des Königs Georg Tag für Tag fortfahren, den Krieg zu predigen und in endlosen Hetzartikeln und aufreizenden Reden den Hass gegen uns und gegen die Bugebrücke zu Preußen zu schüren, so lange wird die Staatsregierung die Waffe, die ihr ein glückliches Geschick gab, nicht aus der Hand legen. (Beifall.)

Zu einer thatfächlichen Berichtigung erbittet sich das Wort: Graf von der Schulenburg-Beeckendorff: Ich denke, dies Haus bedarf einer Belehrung des Regierungscommisars darüber nicht, was große und kleine Gesichtspunkte sind. Ich persönlich bin nicht in der Lage, von seiner Belehrung Gebrauch machen zu können. Präsident Herzog von Ratibor bemerkt dem Redner, daß das keine thatfächliche Berichtigung gewesen ist. (Heiterkeit.) Hiermit ist die Interpellation erledigt.

Schluss 3 Uhr. Nächste Sitzung: Dienstag 91 Uhr. (Kleinere Geseze; Wahl von 3 Mitgliedern zur statistischen Zentral-Kommission und eines Mitgliedes zur Staatschulden-Kommission.)

Parlamentarische Nachrichten.

* Die Budget-Kommission des Abgeordnetenhauses hat den Gesetzentwurf über eine anderweitige Einrichtung des Bezugsausschusses in zwei Sitzungen beraten und sich in der Hauptfahne für denselben ausgesprochen. Der dem Hause vom Abg. Wehrenpennig darüber erstattete schriftliche Bericht ist soeben erschienen. Darin hat in der Kommission der Vertreter der Regierung u. A. folgende Bemerkungen über die Verwendung der französischen Kriegskosten entdeckt gemacht: Preußen hat davon erhalten zusammen 316,022,621 M. Hierzu sind verwendet für Eisenbahnen 218,004,437 Mark, zur Tilgung von Staatschulden 78,559,170 Mark, zur Erzielung an den Kronfideialfonds für die vom Fiskus aus der Herrschaft Schwerin übernommene Vereinnahmung Beiträge 2,845,000 M., zu Notstandsbeiträgen 6 Millionen M., zusammen 305,408,608 M. Im Ganzen sind hier noch verfügbar 10,614,013 M., wofür 6 Mill. M. zur Deckung der Strafzölle zur Last fallenden Kosten für die Regelung der Grundsteuer in den neuen Landesteilen und 4,330,000 M. zur anderweitigen Errichtung des Beughaußes verwandt werden. – In der

Kommission wurde u. A. bemerkt, daß die Gefühle des 1866 annelten Provinzen durch die Vorlage verletzt werden; ferner aber fehle, so lange 8 M. Katholiken in ihren religiösen Gefühlen gekränkt würden, die innere Freudeigkeit zur Bewilligung eines solchen Luxusbaues. Industrie und Gewerbe lägen schwer darunter und für die notkleidenden Arbeiter müsse in anderer Weise als durch solche Bauten gesorgt werden. Darauf erwiderte der Kriegsminister v. Rameke: "In Betreff der Gefühle der Truppen, mit welchen Preußen 1866 im Kampf war, seien die deutschen Militärs gewöhnt sich gegenseitig zu achten, und selbstverständlich werde jede Verlegung vermieden werden. Uebrigens seien die Armeen auch gegen einander nicht empfindlich; der preußische Offizier betrachte ohne Gerechtigkeit die in München befindlichen Bilder, welche die Übergabe preußischer Festungen aus dem Jahre 1807 darstellen. Die vorjährige Bezeichnung „Ruhmesballe“ sei nur durch eine zufällige Erinnerung an den ebenso benannten Theil des Archivs in Wien in die Vorlage gekommen. Wenn die jetzt geistige deutsche Armee erst eine so lange Geschichte habe, wie die preußische, werde man auch an die Darstellung dieser Geschichte geben können." Aus der Mitte der Kommission wird daran erinnert, daß die Siegesfahne sich auch auf das Jahr 1866 beziehe; wem die innere Freudeigkeit fehle, für die Herstellung schöner Bauwerke etwas zu bewilligen, der müsse konsequenter Weise auch die jährlichen Beiträge für den Wiener Dombau &c. verweigern.

Brief- und Zeitungsberichte.

Paris. 2. Februar. Neben die „Droits de l'Homme“ ist gestern durch Erkenntnis des pariser Buchpolizeigerichts eine sechsmonatliche Suspension verhängt und der Gerant Voltaire gleichzeitig ein letztes mal wegen zweier Artikel Rochefort's und wegen des in journalistischen Kreisen dem Kommuneflüchtling Nazocca zugeschriebenen Feuilletons über die Execution des Bankiers Becker zu drei Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe von 3000 Frs. verurtheilt worden. Die Suspension gründet sich auf das seiner Zeit von Jules Simon festiger als von irgendwem bekämpfte Pressegesetz von 1868 und ist seit der Revolution von 1870, also trotz der preußischen Regierungen v. Broglie, Fourton und Dufaure, der erste Fall ihrer Art. Aus diesen Gründen, zu welchen dann noch der erbitternde Umstand tritt, daß die ultramontanen u. bonapartistischen Blätter, wie das „Pays“, der „Univers“, der „Figaro“, die in dem verwegsten Tome der Republik den Prozeß machen und den Staatsstreich predigen, unverfolgt bleiben oder eventuell freigesprochen werden, geht durch die radikale Presse, den „Homme libre“, die „Tribune“, das „Noulement“, den „Peuple“, das „Evenement“ ein Sturm der Entzürnung, der sich gleichzeitig über den Ministerpräsidenten und den französischen Richterstand entlädt. Dem ersten werden seine Standreden aus dem Jahre 1868 vorgehalten, der letztere wird reaktionärer Gestaltungen gejährt und seine Unabsehbarkeit als die Wurzel des Übelns bezeichnet, an welche man jetzt die Art legen müsse. Auch das Organ Gambetta's, der eben erst wieder mit Jules Simon seinen Frieden geschlossen haben sollte, die „République française“, macht diesmal mit den radikalen Organen Chorus. Nachdem sie dem Minister gründlich den Text gelesen, schließt sie:

Das Erkenntnis der 9. Kammer wirft uns wieder weit in eine Gesetzgebung, in Rechtsgebräuche, in einen Zustand zurück, den heraufzubewahren Niemand kommen kann. Eine solche Gesetzgebung, an deren Gebrechen noch alle Sünden einer funfahnjährigen Willkürregierung zu erkennen sind, muß schlechterdings bestraft werden und das Beispiel der „Droits de l'Homme“ zeigt, wie dringlich es ist, alle in unserem Lande gegen die Presse ersonnenen Gesetze einer Durchsicht zu unterziehen, eine Arbeit, mit welcher bekanntlich die Kammer im vorigen Jahre einer großen Aufschluss beauftragt hat. Dieses Werk muß jetzt unverzagt in Angriff genommen und so schnell als möglich zum Abschluß gebracht werden.

Die „Droits de l'Homme“ zeigen an, daß sie im abgekürzten Wege der ihnen allein offen steht, appellieren und noch einige Tage weiter erscheinen werden, um wenigstens den ersten Jahrestag ihres Entstehens (sie wurden im Februar v. J. in Lagny gegründet) feiern zu können, Uebrigens gedachten sie ihre Publikation in sechs Monaten wieder aufzunehmen, wo Jules Simon schon längst nicht mehr am Ruder sein werde.

Lokales und Provinzielles.

Posen. 6. Februar.

Oberlehrer Dr. Messert an der hiesigen städtischen Realschule, der zum Direktor der Realschule am Zwinger in Breslau gewählt worden ist, hat die ministerielle Bestätigung für dieses Amt erhalten und tritt dasselbe am 1. April d. J. an. — Die dadurch an der hiesigen Realschule valant werdende erste deutsche Oberlehrerstelle wird durch Abzession bestellt in der Weise, daß Herr Oberlehrer Dr. Magener in die erste, Herr Oberlehrer Blehwe in die zweite und Herr Oberlehrer Dr. Krug, der gegenwärtig die zweite ordentliche Lehrerstelle inne hat, in die dritte deutsche Oberlehrerstelle einrückt. In die hier frei werdende zweite ordentliche Lehrerstelle ist der Herr Oberlehrer Dr. Kollmann von der höheren Bürgerschule in Naumburg berufen worden, der hier mit Beginn des neuen Schuljahres eintreten soll.

Die General-Lotterie-Direktion erläßt folgende Bekanntmachung: Dieziehung der 3. Klasse 155. königlich preußischer Klassen-Lotterie wird am 13. Februar d. J. Morgens 8 Uhr, im Ziehungssaal des Lotteriegebäudes ihren Ansatz nehmen. Die Erneuerungslose, sowie die Freiloose zu dieser Klasse sind nach den §§ 5, 6 und 13 des Lotterieplanes, unter Vorlegung der bezüglichen Lose aus der 2. Klasse bis zum 9. Februar d. J., Abends 6 Uhr, bei Verlust des Antrecks einzulösen.

Schulstatistik. Nach dem amtlichen Schulblatte für die Provinz Posen wurden im vergangenen Jahre im Reg.-Bezirk Posen 187 Lehrerstellen valant. Angestellt wurden definitiv 82, interimsisch 138, provisorisch 3, zusammen 223 Lehrer und Lehrerinnen. Die erste Prüfung bestanden 45 Kandidaten. Entlassen wurden 28, emeritiert wurden 5 Lehrer, gestorben sind 19; der Abgang beträgt also im Ganzen 52. Ernannt wurden zu Nektoren 2, zu Hauptlehrern 1. Ausgezeichnet durch das Verdienst-Ehrenzeichen für Rettung aus Gefahr wurde 1 Lehrer. 15 Lokalschulinspektoren wurden ihres Amtes entheben, 33 Personen zu Lokalschulinspektoren ernannt. Konzessionen erhielten 4 Haus- und Privatlehrer und 5 Lehrerinnen und Erzieherinnen.

Der Verein posener Lehrer feierte am vergangenen Donnerstag im Hotel de Saxe sein 7. Stiftungsfest. Dasselbe wurde durch den Männerchor „Brüder, reicht die Hand zum Bunde“ eingeleitet. Hierauf hielt der Vortragende, Rector Dr. Krieger, die Festrede, in der er die Bedeutung des Tages für den Verein im Allgemeinen und speziell für die Pflege der Gesellschaft erörterte. Die Rede schloß mit einem Hoch an den deutschen Kaiser. Den Mittelpunkt der Festlichkeit bildete die Aufführung eines Theaterstücks und eines Chorquartetts, beides gelang recht gut und wurde von den Zuhörern mit Beifall aufgenommen. Hieran schloß sich eine Gesangsspiel für Tenor-Solo und der Jahresbericht des Vereins in komischen Versen.

Während der Tafel wurden verschiedene Toasten ausgebracht: auf den Verein vom Mittelschullehrer Baumhauer, auf den Vorstand vom Rector Schessler, auf die Damen vom Lehrer Schoer I., auf die Vergnügungskommission vom Lehrer Güttle. Den Schlüß bildete ein Tanzkränchen, welches die Festgenossen bis zur Morgenstunde beisammenhielt.

Bur Bodenkredit-Frage.

Nachdem die Verhandlungen über Einrichtung eines landschaftlichen Kredit-Instituts auch für kleinere Grundbesitzer der Provinz Posen (sog. Bauerlandschaft) zu einem gewissen Abschluß gelangt sind, und sich bereits in einem Statuten-Entwurf ausgesprochen finden, dürfte es kaum noch zu rechtfertigen sein, die dabei besonders interessirten Berufsklassen über die erzielten Resultate länger im Dunkeln zu lassen. Es kann der Sache nur nützen, wenn den zunächst beschäftigten Gelegenheit geboten wird, ihre Ansichten und etwaigen Bedenken auszusprechen und an der richtigen Stelle zur Geltung zu bringen. Nur diese Erwägung und der Umstand, daß der im vorigen Jahr beim engeren Ausschuß eingebrachte diesbezügliche Antrag die Unterschrift des Herrn Landes-Oekonomierath Lehmann-Ritsche und die meine trug, veranlaßt mich, Mitteilungen über eine bisher nur im engeren Kreise berathenen Angelegenheit in die Öffentlichkeit zu tragen.

Befannlich fanden im Dezember v. J. unter Vorsitz des Herrn Ministers für Landwirthschaft in Berlin Konferenzen statt, an welchen außer den Spitzen der interessirten Behörden auch eine Anzahl von Landwirthen hiesiger Provinz auf eingangene Einladungen Theil nahmen, und in welchen im Wesentlichen die Fragen einer Erörterung unterzogen wurden, ob:

- I. In der Provinz Posen für den kleineren bürgerlichen Grundbesitz eine der Abhilfe bedürftige Kreditnotth anzuerkennen, und
- II. Auf welchem Wege diesem Bedürfniß in geeigneter Weise Abhilfe zu schaffen sei.

Ogleich man über die Bejahung der ersten Frage allseits einig war, so gingen die Ansichten über die zweite Frage doch so wesentlich auseinander, daß es kaum möglich erschien, ein Einverständniß in dieser Richtung zu erzielen.

Es würde zu weit führen und nutzlos sein, über den Gang der Verhandlungen Ausführliches zu berichten, es mag die Mittheilung genügen, daß Dank dem warmen Interesse für die Sache Seitens des Herrn Ministers, Dank dessen klarer und systematischer Leitung der Debatten, am Schluß der Konferenz fast vollkommenes Einverständniß über etwa folgende Sätze erzielt wurde:

- a. Das vorhandene Kreditbedürfniß ist durch die Provinz-Hilfskasse nicht ausreichend zu befriedigen.
- b. Die Einrichtung eines selbstständigen Kredit-Instituts für kleinere Grundbesitzer ist ungemein wichtig.
- c. Dagegen empfiehlt es sich durch Aufnahme der bisher nicht assoziationsfähigen Grundbesitzer in den Verband des bestehenden landschaftlichen Kreditvereins mittelst Erweiterung der Rezeptionsfähigkeit für Grundstücke auch unter 15,000 M. Taxwerth, den fehlenden Kredit zu beschaffen.
- d. Diese Aufnahme kann jedoch nur unter gewissen Kautesen zulässig sein, welche sowohl das Interesse der älteren Kreditverbundenen als der Inhaber der umlaufenden Pfandbriefe sicher stellen.
- e. Das Grundgesetz der Landschaft muß daher zu diesem Behufe entsprechende Zusatz-Bestimmungen und Modifikationen erhalten.

Als solche wurden bezeichnet:

1. Als Betriebsfonds, resp. zur Verstärkung des Reservefonds des Systems der Jahresgesellschaften, welche hauptsächlich dabei interessirt sind, ist die bisher von der alten Posener Landschaft zuerst benutzte Staatssubvention von 200,000 Thaler der neuen Landschaft zu überweisen.
2. Die Gebäude der kleineren Besitzer dürfen nur soweit zur Taxe hinzugezogen werden, als sie massiv in Kalk und unter feuersicherer Bedachtnahme verfestigt sind.
3. Die Pfandbriefzinsen müssen vierteljährlich und an bestimmte in der Nähe wohnende Erbgeber entrichtet werden.
4. Die Aufsicht über die Pfandbriefen Grundstücke muß Seitens der in größerer Anzahl zu ernegenden Landschafts-Deputirten, als der Kreditverbundenen, fällig, durch strengere Vorschriften geregelt werden, um Devastationen rechtzeitig vorzubeugen.
5. Das Taxverfahren muß bei den kleineren Besitzungen vereinfacht und von dem betreffenden Deputirten unentgeltlich be- sorgt werden.
6. Die Darlehnsvaluta ist dem kleineren Besitzer in baarem Gelde zu gewähren und die zu emittierenden Pfandbriefe sind von der Landschaftsdirektion umzusetzen. — Auf Grund dieser Sätze wurde die Königl. Landschafts-Direktion beauftragt, mit der vom engeren Ausschuß gewählten Kommission einen Statuten-Entwurf zu vereinbaren. Letzteres ist am 30. Jan. c. unter Vorsitz des Herrn Oberpräsidenten geschehen, und wird dieser Entwurf dem diesjährigen engeren Ausschuß und falls dieser einverstanden ist, der demnächst einzuberuhende Generalversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

In dem Entwurfe sind im Wesentlichen folgende Bestimmungen präzisiert:

1. Der bisher auf 15,000 Mark normierte Minimalwert für die Beliebungsfähigkeit eines Grundstückes wird auf 4000 Mark herabgesetzt.
2. Die vom Staate überwiesenen 600,000 Mark treten als Verstärkung dem Reservefond der Jahresgesellschaften hinzu.
3. Die Darlehn auf Grundstücke von 15,000 Mark bis 4000 M. Taxwerth abwärts werden dem Extrahenten mit deren Einverständniß in baarem Gelde gewährt, indem die ausgefertigten Pfandbriefe für Rechnung der Darlehnsempfänger von der Direktion zu verwerthen sind. Zur Ausgleichung der Differenz zwischen dem Nominal- und Kurswerthe der zu verwertbenden Pfandbriefe kann die Direktion aus dem Verstärkungs-Fonds von 600,000 M. mit 4 Prozent verzinste Zuschuß-Darlehn gewähren, welche unmittelbar hinter dem Hauptdarlehn einzutragen und mit verstärkter Amortisation innerhalb 10 Jahre zu tilgen sind.
4. Die Landschaftsdeputirten haben sich einer allgemeinen Beaufsichtigung der besitzbaren Grundstücke ihres Kreises zu unterziehen und sind verpflichtet Handlungen und Unterlassungen der Schuldner, oder Ereignisse, durch welche die Sicherheit der Pfandbriefdarlehen oder der Zinszahlung gefährdet erscheinen, unverzüglich anzugeben, bei eigener Vertretung für den Fall einer Verzäumung durch großes Versehen. Sämtliche Mitglieder des Vereins haben die Verpflichtung, zu ihrer Kenntnis gelangte Devastationen von den am Landschaftsverband gehörigen Gütern ihrer Nachbarschaft, der Direktion anzuzeigen.
5. Von den in jedem Wahlbezirk zu wählenden Deputirten zur Generalversammlung muß mindestens einer der selben im Besitz eines Gutes von 200,000 M. Taxwerth sein. Bei den Wahlen zum engeren Ausschuß haben die Besitzer von Gütern unter 15,000 M. Taxwerth kein Stimmrecht.

6. Auf den Antrag des Darlehenssuchers kann die Belebung auch nach Abgabe der Grundsteuerrolle erfolgen. In solchem Falle wird von dem doppachen Betrage des aus derselben sich ergebenden Reinertrages des zu beleibenden Grundstückes, der doppache Betrag der in Abteilung II. des Grundbuchs eingetragenen Lasten abgezogen, und von dem so ermittelten Grundwert die Hälfte als Darlehn bewilligt.

7. Die Zinsen des vom landschaftlichen Kreditverein bewilligten Darlehns müssen von den Schuldern für Besitzungen unter 15,000

Mark Taxwerth in vierteljährlichen Raten, in den letzten 8 Tagen der Monate März, Juni, September und Dezember an den in jedem Belebungsfalle zu bezeichnenden Erbgeber abgeführt werden.

8. Bleiben die Zinsen, falls nicht Stundung gewährt wird, bei Belebungen unter 15,000 M. Taxwerth länger als 3 Monate rückständig, so kann der Verein das Darlehn kündigen. Dies sind zwar nicht alle, aber die wesentlichsten Bestimmungen, welche in dem erwähnten Statuten-Entwurf aufgenommen wurden. Auch die Konstruktion vom 1. 12. 66 ist entsprechend modifiziert. Tendenz bei allen diesen Vorschriften, besonders in den Instruktionen war, den kleineren Besitzern die Erlangung eines Pfandbriefdarlehns möglichst zu erleichtern, ihnen Kosten zu ersparen und die Abwicklung des Geschäfts ohne viele Umstände zu beschleunigen.

Bei Bemessung der Grenze für die Aufnahmefähigkeit mit 1000 Mark Taxwerth wollte man wenigstens der großen Mehrzahl der bürgerlichen Grundbesitzer die Möglichkeit gewähren, von den Wohlthaten des Instituts zu profitieren; da gerade die Grundstücke von 40–50 M. Größe in hiesiger Provinz prävalent, welche bei Mietboden auch unter Abrechnung der kapitalistischen Rente noch den Minimaltaxwerth erreichen, so werden nur die noch kleineren Besitzungen ausgeschlossen bleiben, deren Kreditbedürfnis durch die Provinz-Hilfs-Kasse ausreichend Befriedigung findet.

Die Ansicht, daß die Darlehn bei kleineren Grundstücken weniger sicher als bei größeren sind, halte ich für nicht ausreichend. — Devastationen sind bei großen Gütern, welche übrigens durch Hinzurechnung des Gebäudewertes erheblich höher stehen, ebenso möglich, als bei kleineren, zumal letztere in der Regel lange nicht mit einem so wertvollen Beifall an Inventarien, Maschinen, Viehställen etc. (welche leicht fortgesetzt werden können) ausgestattet sind, als große Güter. Die Erfahrung beweist, daß kleinere Güter unendlich leichter Käufer als große und so ist wohl zu hoffen, daß nicht nur der engeren Ausschuß, welcher schon im vorigen Jahr einen entsprechenden Genehmigung zur Realisierung der längst erstrebten Einrichtung ertheilen wird.

Mit Rücksicht auf den bevorstehenden Zusammentritt einer Generalversammlung habe ich es für nötig gehalten, den bereits im Jahre 1875 gestellten Antrag auf Abänderung des § 16 des Statuts vom 15. Mai 1857 aufs Neue an den engeren Ausschuß zu richten. Das lebhafte Interesse, welches diese Angelegenheit vor zwei Jahren, besonders bei den Mitgliedern der Haupt-Gesellschaft fand, mag es rechtfertigen, daß ich den Antrag nebst Motiven hier öffentlich zur Diskussion stelle.

Der Antrag lautet:

Babin, den 3. Februar 1877.

An die Königliche Direktion des neuen landschaftlichen Kreditvereins für die Provinz Posen

zu Posen.

Auf Grund des § 48 Satz c des Statuts vom 13. Mai 1857 beantragte ich, dem nächstens zusammentretenden engeren Ausschuß des landschaftlichen Kreditvereins für die Provinz Posen folgende Proposition zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen:

Im § 16 des Statuts vom 13. Mai 1857 wird die Bestimmung, welche in dem Satze: „Sie gehen zu Gunsten des Vereins gand oder theilweise verloren, wenn vor dem Ablaufe der statutenmäßigen Amortisation der Schuldner das bewilligte Darlehn ganz oder theilweise zurückzahlt“, enthalten ist aufgehoben, und erhält den Zusatz:

Ist aber von dem landschaftlichen Darlehn bereits eine Quote von 10 p.C. oder mehr amorphiert, so wird im Falle einer freiwilligen Rückzahlung dem Ablösenden sein Anteil am Reservefonds ganz, oder bei Partialablösung am verhältnismäßig gut gerechnet; jedoch nur in soweit, als der in Betracht kommende Anteil am 100 theilbar ist. Dieser Betrag deselben wird in Pfandbriefen aus dem Reservefonds entnommen und zur Tilgung verwendet.

Motive:

Der Antrag ist bereits im Jahre 1875 vom engeren Ausschuß einstimmig zum Beschuß erhoben, jedoch Seitens der Aufsichtsbehörden nicht genehmigt worden. Indem ich mich auf die in der Eingabe vom 15. Mai 1875 und in der Ausschüttung mündlich vorgebrachte Begründung beziehe, soll nur auf den damals von der königlichen Regierung geltend gemachten Einwand: „dass durch die proponirte Bestimmung die Rechte der Pfandbriefbesitzer wesentlich tangirt“ hier noch näher eingegangen werden.

Es mag richtig sein, daß man bei Redaktion des Statuts vom 13. Mai 1857 die Bestimmung des § 16 (welche den Darlehnswert, den die Rückzahlung ihrer Schuld durch Verlust des Reservefonds erforderte, um die Kreditverbundenen auf längere Zeit dauernd zusammen zu halten, und eine zu frühzeitige Auflösung des Instituts zu verhindern). — Aber was damals vielleicht nötig erschien, ist jetzt nicht bloß überflüssig, sondern geradezu schädlich geworden; nachdem auf Grund des zweiten Regulativs vom 5. November 1866 (welches den proponirten Zusatz übrigens enthält, bereits über 40 Millionen Thaler Pfandbriefe emittirt worden sind). Ja man kann flüchtig behaupten, daß sich die Verwaltung des Kredit-Instituts ganz erheblich vereinfachen würde, wenn durch vollständige Auflösung des von der Hauptgesellschaft emittirten Kapitals, diese ganz aufgelöst werden könnte. Wenn berücksichtigt wird, daß jetzt bei freiwilliger Rückzahlung der alten Pfandbriefschuld von (57 65) der dem Ablösenden verlorene gehende Anteil vom Reservefonds nicht etwa dem Gläubiger (Pfandbriefsinhaber) erfordert wird, sondern den im Verbande bleibenden Schuldern zu Gute kommt, da der Reservefond statutenmäßig nicht mehr als 10 Proz. der umlaufenden Pfandbriefe beträgt, so ist schwer zu verstehen, weshalb das Interesse der Pfandbriefbesitzer darunter leiden soll, falls die nach dem Statut vom 13. Mai 1857 emittirten Pfandbriefe vor Ablauf der regelmäßigen Amortisationsperiode abgelöst werden. Offenbar hat der Gläubiger doch nur das Recht zu verlangen, daß die Sicherheit seines Pfandbriefes ungeschmälert bleibt, daß ihm die Zinsen pünktlich gezahlt (b. b.) die Kupons am Verfallstage berichtigt und die Obligationen (Pfandbriefe) nach erfolgter Auflösung zum Nennwert eingelöst wird. — Ist letzteres geschehen oder was dasselbe ist, die Obligation aus dem Verfallen zurückgezogen, so hört die Verpflichtung des Instituts ihm gegenüber eo ipso auf. In der Praxis wird aber die von mir proponirte Maßregel sich ebensowohl vortheilhaft für die Pfandbriefbesitzer (Gläubiger) als möglich für die Mitglieder des Kreditvereins (Schuldner) erweisen, daß Interesse Beider gefördert werden. Angenommen, ein Grundbesitzer will den amortisierten Theil seines älteren Pfandbriefs-Darlehens realisieren, (welcher Anteil im Laufe dieses Jahres influiert), so wird er den Rest des Schuld kündigen, und selbstverständlich den zur Rückzahlung notwendigen Betrag in Pfandbriefen gleicher Emission sich durch Ankauf oder sonstwie beschaffen müssen. — In Folge dessen muss eine vermehrte Nachfrage nach diesem Papier entstehen und dessen Kurs wird als der der Pfandbriefe späterer Emissionen; ja es wäre nicht unmöglich, falls die Ablösung in großen Beträgen plötzlich vorgenommen würde, daß sie den Paritäts erreichen. Nun frage ich, wäre dies ein Nachteil für die Pfandbriefsinhaber?

Andererseits, welchen Vortheil hätte der Grundbesitzer? Nehmen wir an, er muß bei Belebung der ihm zur Rückzahlung notwendigen Pfandbriefe 1 oder 2 p.C. mehr bezahlen, als er für die neu aufzunehmenden erhält; so wird er jetzt anstatt 30 p.C. nur 29 oder 28 p.C. von seinem primo loco eingetragenen Pfandbrief

und nach Bedürfnis vollziehen werden. — Zudem befinden sich im Verwahrsam der Landchaftskasse in der Eigenschaft als Reservesfonds der kursirenden 60 Millionen Thaler Pfandbriefe ganz enorme Summen gerade des zur Ablösung notwendigen Papiers, so daß also die Direktion durch nahe liegende Manipulationen recht gut dafür zu sorgen in der Lage ist, daß die Kursdifferenz zwischen der alten und der neuen Emission keine zu große wird.* Bedeutet man, daß zur Zeit von den noch existierenden rund 18 Millionen Thalern Pfandbriefen der Hauptgesellschaft bereits etwa 30 p.Ct., also 5 Millionen und 400.000 Thlr. tatsächlich getilgt sind, — welches enorme Kapital durch Genehmigung meiner Proposition für die posener Landwirtschaftsförderung freie würde, — so wird die Tragweite der Maßregel kaum unterstützt werden können. Gerade das kapitalarme Poten kann es unmöglich ertragen, daß die erste und sicherste Hypothek seines Grundbesitzes noch auf etwa 22 Jahre (so lange dauert es noch, bis zum Schluß der regelmäßigen Amortisation) festgelegt und der Disposition der Besitzer entzogen bleibt. — Je weiter die Tilgung fortschreitet, desto unmöglich wird es werden, die unpraktische Bestimmung des § 16 des Statuts vom 13. Mai 1857 aufrecht zu erhalten. Warum soll also nicht eher thun, was später doch geschehen muß? — Warum soll gerade der Grundbesitzer in der Provinz Poten wieder unter einer vollständig antiquirten Maßregel leiden, während kein anderes landwirtschaftliches Kredit-Institut etwas ähnliches kennt?

Man kann darüber verschiedener Meinung sein: Ob es überhaupt zweckmäßig ist, Hypotheken Darlehen durch Anmitten zu tilgen; aber doch unmöglich darüber: Ob dem Besitzer des getilgten Kapitals die Disposition darüber zeitlebens entzogen werden darf.

Ist es billig, wenn nach Zwedsverkäufen bei Berechnung der amortisierten Quote der Pfandbriefschuld, ohne weiteres die 10 p.Ct. des Reservesfonds dem ruinirten Besitzer, oder falls dieser nichts mehr erhält, dem letzten Hypothekengläubiger entzogen werden? Und wird ein Zwangsverkauf nicht häufig gerade deshalb herbeigeführt, weil der Besitzer über $\frac{1}{2}$ seiner 1. und sichersten Gutshypothek nicht verfügen darf? Was nützen in solchen Fällen dem Manne die durch 20 Jahre lang gezahlten Tilgungsräte?

Nun sagt man war: Die Grundbesitzer sind größtentheils noch über die landschaftliche Belebungsgrenze hinaus verschuldet, und haben sich der Disposition über die ihnen gehörige amortisierte Quote der Pfandbriefschuld zu Gunsten noch eingetragene Darlehen begeben; so daß sie doch nicht darüber verfügen könnten. — Ich bin der Meinung, gerade weil sie nicht über die beste und sicherste Hypothek verfügen dürfen, sind sie genöthigt, postloicte Darlehen zu drückenderen Bedingungen aufzunehmen.

Es dürfte doch wohl kaum zweifelhaft sein, daß es finanziell und volkswirtschaftlich richtiger ist, zuerst die letzten und unsicheren Hypotheken zu tilgen, als beabs. Tilgung der Ersten neue Schulden zu höheren Zinsfüge zu machen.

Man gebe den Gutshaltern das Verfügungsrrecht über die ihnen doch unzweifelhaft gehörige amortisierte Quote der ersteingeschlagenen Pfandbriefschuld zurück und sie werden sich gewiß beeilen die später eingetragenen und doch wohl meist höher verzinslichen Schulden zu tilgen.

Wenngleich die Bedenken, welche im Jahre 1875 zur Ablehnung obigen Antrages seitens der Direktion und der Aufsichtsbehörden geführt haben, (wie ich mich vor Kurzem überzeugt habe) größtentheils geflüchtet scheinen, so könnte es doch nur nützen, wenn aus den Kreisen der interessirten Gutshalter Kundgebungen stattfinden, welche sich mit der Tendenz des Antrages einverstanden erklären. — Ich erlaube mir daher schließlich, vorzuschlagen, daß diejenigen meiner Berufsgenossen, welche die Proposition unterstützen wollen, mir möglichst bald eine kurze Erklärung zu schicken, welche etwa wie folgt, gefaßt werden könnte:

"Wir (ih.) schließen uns dem Antrage des v. p. Tschischke auf Änderung resp. Ergänzung des § 16 Statut vom 15. Mai 1857 hiermit an.

(Datum.) (Unterschrift.)

Staats- und Volkswirthschaft.

** London 5. Februar. Das "Neuter'sche Bureau" meldet aus Kairo von gestern die erfolgte Einzahlung von 11,500,000 Frts. zur Schuldenkasse. Davon folgten 4,250,000 Frts. zur Einlösung der Paus der unifizirten Schuld, 6,900,000 Frts. für die Eisenbahn-Prioritäten-Bonds verwandelt werden, der noch rückständige, aus der Mukabalah kommende Betrag sei zur Verzinsung und Amortisierung der Anleihen von 1864, 1865 und 1867 bestimmt. Es ergebe sich hieraus, daß die Zahlungen bei der Schuldenkasse in durchaus normaler Weise vor sich gingen.

Vermisches.

* Berlin, 4. Februar. Die "Trib." brachte neulich eine von uns reproduzierte und als Sensationsnachricht bezeichnete Sarg gegr. die in einer der Vorstädte kolportirt wurde. Nach dem "Tagebl.", welches aus zuverlässiger Quelle zu schöpfen versichert, ist der Sachverhalt dabei folgender: Selbstmörder und tödtlich Verunglückte, deren Identität nicht festgestellt werden kann, die sogenannten Polizeileichen, werden zunächst dem Obduktionshäuse in der Philippstraße überliefern. Von hier aus werden die Leichname der Anatomie im Tierarzneischulargen, zum Zweck des Studiums für junge Mediziner übergeben. Nach der Sektion wird jede einzelne Leiche, oder deren Bestandtheile in einem Armenjarg, sogenannten Mafenquescher gelegt und dann hinausgefahrene nach dem Charitee-Kirchhof, Müllerstraße 22—23. Wegen der großen Entfernung werden immer gleich mehrere solcher Särge auf einen Wagen geladen und nach dem Begegnungspunkt befördert. Dem Anatomie-Diener Ebel liegt die Fortsetzung der Leichen und der zerstückten Körper ob. Auf dem Kirchhof werden diese einfachen Särge, die pro Stück mit 4 Mark 50 Pf. von der Charitee-Beratung bezahlt werden, erst noch einmal geöffnet, und es kommt nun ein Ersparungssystem in sofern zur Anwendung als häufig zwei Leichen, oder die Stücke derselben in einem Sarg gelegt und eingegraben werden, um die dadurch frei gewordenen Särge noch einmal benutzen zu können. Zu Anfang der vergangenen Woche waren von der Charitee sechs Särge nach dem Kirchhof geschickt worden, der Todtengräber ließ die Leichen, denen teilweise Arme und Beine zur Untersuchung abgeschnitten waren, in vier Särge verteilen, diese vier wurden eingesetzt, und so blieben zwei leere Armenfärge stehen, die andern Tag wieder nach der Charitee gefüllt werden sollten. Zwei diebstädtische Kirchhofarbeiter luden nun in später Abendstunde die beiden Särge beinlich auf einen Handwagen, schlugen eine Decke darüber und fuhren damit nicht — wie es nach dem umlaufenden Gerücht heißt — zu einem, ganz in der Nähe wohnenden Sargfabrikanten, sondern eine weite Strecke die Müllerstraße hinauf, zu einem Tischlermeister Namens L., wo sie den Wagen auf den Hof zogen und eben ließen, während sie in die Wohnung zu L. gingen. Ein Schausmann hatte die beiden Arbeiter schon vom Kirchhof kommen sehen, und da ihm am späten Abend das Deffner des Kirchhof-Gatters und auch das Fuhrwerk verdächtig vorkamen, so folgte er dem Gespann bis zu dem bezeichneten Hause. Hier trat er an den Wagen, hob die Decke auf und erblickte die beiden Särge. Er fragte nun die Arbeiter, wo sie die Särge her hätten: "Vom Kirchhof." Was die hier jolten: "Wir bringen sie dem Tischler L." — Was zahlt er Euch dafür?" "Für jeden Sarg eine Weiße," also 50 Pf. wert. Der Schausmann hat von dem Vorfall natürlich gleich Anzeige gemacht, und die eingeleitete Untersuchung wird ergeben, ob

*) Die im Reservesfonds der Landchaft befindlichen Pfandbriefe betrugen Ende 1875 bereits 14,590,500 Mark und werden jetzt reichlich 5 Millionen Thaler erreicht haben. Davon muß etwa die Hälfte aus Pfandbriefen der Hauptgesellschaft bestehen, da bis zum Jahre 1866 überhaupt keine anderen existierten.

die Beseitigung und der Verkauf von Armenfärge schon öfter vorgekommen ist, und welche Personen sich in rechtswidriger Weise dabei beteiligt haben. So viel steht jedoch schon jetzt fest, daß weder der Anatomie-Diener Ebel noch der Todtengräber des Charitee-Kirchhofes um die Sache gewußt haben.

* Das Woltersdorff Theater in Berlin scheint der Ungunst der Zeitverhältnisse zum Opfer gefallen zu sein. Wir lesen im "Fremdbl.": "Vom Woltersdorff-Theater übersiedelt die ganze Gesellschaft in's Thalia-Theater, wofür selbst Frau Direktor Thomas heute (Sonnabend) die erste Vorstellung unter ihrer Leitung gibt. Der Muuentempel in der Chausseestraße bleibt vorläufig geschlossen und wird von Direktor Thomas kaum mehr geöffnet werden, denn er gastiert bei seiner Gattin mit Kontrakt auf unbestimmte Dauer.

* Breslau. 4. Februar. [Fortsetzung der Schlußsteuer. Herrschaft Carlruhe. Kommerz. Rath Krämer. Theater. Wollmarkt.] In der letzten am Donnerstag abgehaltenen Sitzung haben die Stadtverordneten den Antrag des Magistrats, die Schlußsteuer als Kommunalsteuer zunächst bis zum 31. März 1881 fortzuerheben, genehmigt. Außerdem wird vom 1. April d. J. die Kommunal-Einkommensteuer um $\frac{1}{2}$ und die Kommunalsteuer um $\frac{1}{2}$ erhöht werden. — Der Tod des Herzog Eugen von Württemberg hat auch in Schlesien, besonders auf der ihm gehörigen Herrschaft Carlruhe, viel Theilnahme hervorgerufen, da er eben so wie sein vor zwei Jahren verstorbener Vater ein Wohlthäter seiner Gutsangehörigen war. Da der Verstorbene keinen Sohn hinterläßt, so geht der Besitz der gedachten Herrschaft an den Herzog Wilhelm Nikolaus, l. k. österreichischer Feldmarschall und Militär-Kommandant in Triest, über. — Auch unsere Stadt hat in der Person des Geh. Kommerz-Raths Krämer jüngst wieder einen ihrer ältesten und ehrenwerthesten Mitbürgern verloren. Der Dahingeschiedene hatte ein Alter von 95 Jahren erreicht, war nicht verheirathet und hat ein Vermögen von ca. 3 Mill. Thalern hinterlassen. Sein Testaments- und Universal-Erbe ist ein entfernter Verwandter, der biesige Referendar Rohde, welcher eben im Begriff stand, sein Assessoren-Cramen abzulegen. Daß der junge Millionär, welcher kaum ein kleines Legat aus der Erbschaft seines Urgroßvaters erwartet hatte, von seinen Kollegen ein wenig beneidet wird, darf nicht Wunder nehmen. — Was unser Stadttheater anbetrifft, so hat die in dieser Angelegenheit gewählte Kommission beschlossen, den städtischen Behörden die Übernahme des Theaters für den Preis von 555,000 M. zu empfehlen. Auch das Magistrats-Kollegium ist mit diesem Beschuß einverstanden und fehlt nur noch die Genehmigung der Stadtverordneten Versammlung. So-nach wäre denn diese Szene in eine geregelte Bahn geleitet. — Nachdem die Schlesische Zentralbank für Landwirtschaft und Handel ihre Liquidation beschlossen und zum größten Theile zur Ausführung gebracht hat, auch die umfangreichen Speicher, zu denen in den letzten Jahren der Wollmarkt abgehalten wurde, in andere Hände übergegangen sind, tritt an den Magistrat die Frage heran, wohin der letztere nunmehr verlegt werden soll. Da höre, daß hierzu der Platz am Schießwerder, der sogenannte Viehmarkt, fernerhin benutzt werden dürfte. Die entfernte Lage dieses Platzes ist für den betreffenden Zweck nicht gerade besonders geeignet.

* Düsseldorf, 29. Januar. [Meiter. Bravouur st. d.] Der "D. Volksztg." wird von Augenzeugen mitgetheilt, daß Lieutenant Suermondt von den acht Kürassieren am vorigen Sonnabend auf einem preußischen Chargenpferde, dem schwarzen Wallach des Lieutenant Kunheim von den sechsten Kürassieren, zweimal hintereinander die auf die Bande frei aufgelegte Springstange in Höhe von 1,64 Meter (5 Fuß 5 Zoll), ohne die Stange zu berühren, übersprungen hat. Die Messung wurde von der Sode des Hufschlags bis zur Überfahrt der Stange vorgenommen. Der Anlauf zur Stange betrug etwa 15 Schritt. Das Pferd soll vorher sich in Hannover auf der Reitschule als außergewöhnlicher Hochspringer bewährt haben. Das Reitgewicht des Lieutenant Suermondt wird mit Sattel auf 73 Kilogramm angegeben.

* Gemüthlich! Die "Varmer Ztg." schreibt: Bisher war es bei uns Ifsus, daß die Mitglieder des Stadtverordnetenkollegiums in den Plenarsitzungen rauchten. In der letzten Sitzung beantragte nun ein Stadtverordneter, künftig das Rauchen während der Sitzungen zu unterlassen. Dieser Antrag wurde jedoch mit 15 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Sofort nahm ein Raucher nach dem andern seine Zigarre aus dem Etui und zündete dieselbe an. Es haben sich also zwei Parteien, die der Raucher und Nichtraucher, in dem Kollegium gebildet.

Angekommen Fremde.

6. Februar.

Hotel de Paris. Die Gutsbesitzer v. Raszke aus Ruschow, Golski aus Szczeczkow, Szickinski aus Krzyżowniki und Korzykowski und Frau aus Zielina, Rentier Adler aus Kempen, Berwaltor Heinowicz aus Schubin, Lehrer Neutler aus Gleiwitz und Baumeister Hildebrandt aus Arnswalde. Die Kaufleute Wünscher aus Colberg, Bärwaldt und Kapian aus Schröda, Stanek aus Krakau, Bogler aus Berlin, Dannenberg aus Breslau und Meyer aus Ham-

burg.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Waerner in Posen.

Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

* Straßburg i. E. 5. Febr. Die Session des Landesausschusses ist heute von dem Bezirkspräsidenten Ledderose eröffnet worden. Die Eröffnungsrede desselben wurde von dem Alterspräsidenten Flurer mit einer durchweg loyalen Ansprache beantwortet. Derselbe gab zunächst seinem lebhaften Bedauern über die Krankheit des Oberpräsidenten Ausdruck, indem er zugleich hinzufügte, daß trotzdem derselbe nicht anwesend sei, man doch in dem Ausschuß den Verföhnungsprinzipien wieder begegnet sei, zu denen er sich bekannte und in welche man sich hineingelegt habe. Die Rede gedenkt sodann der Umwandlung der öffentlichen Meinung, welche sich in dem Ergebnisse der letzten Reichstagswahlen kundgegeben habe, und beglückwünscht das Land zu diesem Fortschritte in der Voraussetzung, daß die früheren resultlosen herben und kompromittirende Protestationen sich überlebt haben. Schließlich wird die Erwartung ausgesprochen, daß das Reichsland bald eine eigene Verfassung erhalten werde, welche dasselbe den übrigen deutschen Staaten gleichstelle. — Hierauf erfolgte die Wahl des Präsidiums und des Bureaus. Wie in voriger Session wurde Schlumberger zum ersten, Baron Born v. Bulach zum zweiten Präsidenten gewählt.

* Kairo, 5. Februar. Der der ägyptischen Finanzverwaltung englischerseits beigeordnete Generalkontrolleur Gerald Fitzgerald ist gestern hier eingetroffen, der französische Kontrolleur wird am 7. d. erwartet. Die nach den Vorschlägen Göschens und Joubergs erfolgte, durch Defret des Schéduve vom 28. November v. J. sanktionierte neue Organisation der Finanzverwaltung tritt damit in Wirkung.

* New-York, 5. Februar. Der Dampfer "Canada" von der National-Dampfschiffs-Kompagnie (C. Messing'sche Linie) ist hier eingetroffen.

* Konstantinopel, 5. Februar. Offiziell wird gemeldet: Edhem Pascha ist zum Großvezier anstatt Midhat Pascha's ernannt worden, welcher letztere von Konstantinopel entfernt wurde. Kadri Bey ist unter Erhebung zum Pascha-Ränge zum Präsidenten des Staatsrats

erneannt, Djedat Pascha zum Minister des Innern, welcher Posten neuerlich erweitert wurde. Adassidhi Effendi ist zum Mustschaw im Ministerium des Innern, Ottamieh Effendi Thamitch zum Handelsminister, Gaffin Pascha, bisher Gouverneur in Adrianopel, zum Justizminister, der Botschafter in Paris, Sadik Pascha, zum Gouverneur des Donauvilajets ernannt worden.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

* Frankfurt a. M., 5. Februar. Spekulationspapiere matt und weniger belebt.

[Schlußcourse.] Londoner Wechsel 204.47. Pariser Wechsel 81.37. Wiener Wechsel 165.30. Böhmisches Westbahnhof 142. Elisabethbahnhof 110. Galizier 174. Franzosen* 196%. Lombarden* 63%. Nordwestbahnhof 96. Silberrente 56%. Papierrente 51%. Russische Bodenfond 81. Russen 1872 85%. Amerikaner 1885 102%. 1860er Jahre 98%. 1864er Jahre 258.00. Kreditaktien* 122%. Österreich. Nationalbank 697.00. Darmst. Bank 101%. Berliner Bank 1. Frankfurter Wechselbank 1. — Österreich.-Deutsche Bank 1. — Meiningen Bank 71. Hess. Ludwigsbahn 95%. Oberhessen 1. Ung. Staatsloose 143.00. Ung. Szeklawno 83%. do. do. neue 81%. do. Ostb.-Ob. II. 57%. Centr.-Pacific 99%. Reichsbank 157%. Goldrente 61%. Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 122, Franzosen 196%, Galizier 174%, Reichsbank 1, Goldrente 1.

* per medio resp. per ultimo.

Aber das Ceffete-Spieltat. Kreditaktien 122, Franzosen 197, 1860er Jahre 200. Kreditaktien 122, Goldrente 174%. Papierrente 1. Reichsbank 1. — Ung. Staatsloose 1. Still.

* Wien, 5. Februar. Spekulationswerthe ermattend, Renten ziemlich fest, Bahnen theilweise höher, Debiten versteift.

[Schlußcourse.] Papierrente 63.00. Silberrente 68.50. 1854er Jahre 108.00. Nationalbank 843.00. Nordbahnhof 1815. Kreditaktien 148.50. Franzosen 236.75. Galizier 211.25. Kasch.-Oderberg 88.50. Bardubitzer 1. Nordwestbahnhof 116.75. Nordwestbahnhof Lit. B. 1. London 123.10. Hamburg 59.95. Paris 48.95. Frankfurt 59.95. Amsterdam 102.10. Böhmisches Westbahnhof 162.75. 1860er Jahre 110.70. Lomb. Eisenbahn 77.00. 1864er Jahre 135.00. Unionbank 54.00. Anglo-Austr. 78.25. Napoleon 9.84. Dukaten 5.83. Silbercup 115.00. Elisabethbahnhof 133.50. Ung. Prämienanleihe 75.00. Marktfonds 60.40.

Türkische Lope 1. — Goldrente 1.

* Wien, 5. Februar. Abendbörse. Kreditaktien 148.50, Franzosen 236.25. Lombarden 77.00. Galizier 210.50, Anglo-Austr. 77.75, Silberrente 1. Papierrente 62.95, Goldrente 74.50, Martinothen 60.75, Nationalbank 1. — Napoleon 9.87. Matt, geringes Geschäft, Gold sehr steif.

* Paris, 5. Februar. Matt, bei beschränktem Geschäft.

[Schlußcourse.] 3. Et. Rente 72.70, Anleihe de 1872 106.00, Italienische 5.00, Rente 71.77%, do. Tabakaktien 1. — do. Tabakobligationen 1. — Franzosen 487.50, Lombard. Eisenbahn 162.50, do. Prioritäten 234.00, Türken de 1865 12.45, do. de 1866 66.00, Türken 37.50.

Credit mobilier 162, Spanier exter. 11.5%, do. inter. 10%, Europan-Aktien 666, Banque ottomane 381, Société générale 523, Credit foncier 610, Egypte 195. — Wechsel auf London 25.12.

* London 5. Februar. Konjunktur 95.5%. Italien 5.00, Rente 71.75, Silberrente 1. — Papierrente 62.95, Goldrente 74.50, Martinothen 60.75, Nationalbank 1. — Napoleon 9.87. Matt, geringes Geschäft, Gold sehr steif.

* London 5. Februar. Abendbörse. Kreditaktien 148.50, Franzosen 236.25, Lombarden 77.00, Galizier 210.50, Anglo-Austr. 77.75, Silberrente 1. Papierrente 62.95, Goldrente 74.50, Martinothen 60.75, Nationalbank 1. — Napoleon 9.87. Matt, geringes Geschäft, Gold sehr steif.

* Wien, 5. Februar. Matt, bei beschränktem Geschäft.

[Schlußcourse.] 3. Et. Rente 72.70, Anleihe de 1872 106.00, Italienische 5.00, Rente 71.77%, do. Tabakaktien 1. — do. Tabakobligationen 1. — Franzosen 487.50, Lombard. Eisenbahn 162.50, do. Prioritäten 234.00, Türken de 1865 12.45, do. de 1866 66.00, Türken 37.50.

Credit mobilier 162, Spanier exter. 11.5%, do. inter. 10%, Europan-Aktien 666, Banque ottomane 381, Société générale 523, Credit foncier 610, Egypte 195. — Wechsel auf London 25.12.

</

Produkten-Börse.

Berlin, 5. Februar. Wind: NW. Barometer: 28.4. — Thermometer 2 R. Witterung: Schön.

Weizen lolo per 100 Kilo gr. M. 195—235 nach Dual. gef., per diesen Monat April—Mai 221.00—221.5 bez., Mai—Juni 222.5 bis 223.00 bez., Juni—Juli 224.00—224.5 bez. — Roggen lolo per 100 Kilo gr. 158—183 nach Qualität gef., russischer 160—163 ab Boden bez., neuer do. und poln. 158—168, neuer inl. 176—183 ab Bahn bez., def. u. russ. — bez., per diesen Monat 160.00—160.5 bezahlt, per Februar—März do., per April—Mai 162.00—163.00 bez., Mai—Juni 161.00—161.5 bez., Juni—Juli 160.00—160.5 bez. — Gerste lolo 1000 Kilo gr. 120—165 nach Dual. gef., ost. und westpreuß. 135—155, russischer 126—155, neuer pommerischer 160—162, neuer schles. 152—162, galiz. 155—162, ungar. 137—140 ab Bahn bez., defetter — bz., per diesen Monat April—Mai 153.00—153.5 bez., Mai—Juni 154.00 bez., Juni—Juli —. — Erbsen per 1000 Kilo gr. 150—186 nach Qualität, Futterware 135—147 nach Dual. — Raps per 1000 Kilo gr. — Rüben —. — Leinöl lolo per 100 Kilo 100 ohne Fass 61.00 M. — Rüböl per 100 Kilo gr. lolo ohne Fass 74.00 bez., mit Fass per diesen Monat 73.8 bez., Februar—März do., April—Mai 74.6—74.1 bez., Mai—Juni 74.00—73.5—73.6 bez., per September—Oktober 69.6—69.00 bez., Oktober—Novbr. — Petroleum (rass.) (Stand. white) 100 Kilo gr. mit Fass lolo 44.00 bez., per diesen Monat 38.00—37.5 bez., per Februar—März 34.5 bez., März—April — April—Mai —. — Spiritus per 100 Liter a 100 vCt. = 10,000 vCt. lolo ohne Fass 53.00 bez., per diesen Monat 54.00—53.8 bez., per Februar—März do., März—April —, per April—Mai 55.3—55.00—55.1 bez., per Mai—Juni 55.5—55.3—55.4 bez., per Juni—Juli 56.5—56.3—56.4 bez., per Juli—August 57.5—57.3 bez., per August—September 58.1—57.8—58.0 bez. — Mais per 1000 Kilo lolo neuer 124—130 bez., alter 130—138 nach Dual. gef.,

Berlin, 5. Februar. Der gestrige Verkehr war zu etwas ermägigten Notirungen still verlaufen. Die fremden Blätter hatten überwiegend matte Tendenzen gesandt und die heutige wiener Morgenbörsen eröffnete gleichfalls matt bei steigenden Goldpreisen. Auch hier setzten die leitenden Spielpapiere abermals niedriger ein, und gaben in der ersten halben Stunde ziemlich rasch wieder nach. Anfangs fehlte, abgesehen von der überwiegenden Realisationslust, welche durch die bedeutend gestiegenen Course der Borsode geweckt war, jede Unregelmäßigkeit. Dann traf eine beunruhigende Neuflutung der "Times" über das russische Kundschaften ein und die Erwartung griff weiter um sich. Die Umfänge blieben dabei ziemlich beschränkt; nur in Franzosen und Kreiditäten herrschte etwas mehr Lebhaftigkeit. Dagegen lag der Rentenmarkt, welcher schnell $\frac{1}{2}$ — $\frac{1}{4}$ pCt. nachgab, recht still. Besonders

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 5. Februar 1877.

Britisches Fonds und Geld-Course.

Bariol. Anleihe 4 $\frac{1}{2}$ 104.10 bz
do. neue 1876 4 95.90 bz
do. — Anleihe 4 96.10 B
Staats-Schuld 3 $\frac{1}{2}$ 92.20 bz
Aus. u. Am. Sch. 3 $\frac{1}{2}$ 92.00 G
Do. Delph.-Obl. 4 $\frac{1}{2}$ 101.75 bz
West. Stadt-Obl. 4 $\frac{1}{2}$ 102.10 bz B
do. do. 3 $\frac{1}{2}$ 93.00 bz
Geln. Stadt-Anl. 4 $\frac{1}{2}$ — G
Metropolyng do. 4 $\frac{1}{2}$
Schönb. d. B. Kfm. 4 $\frac{1}{2}$

Fsandbriefe:

Barliner 4 $\frac{1}{2}$ 101.60 bz
do. 5 105.75 bz

Landsh. Central 4 95.00 bz

Kurz. u. Reumärk. 3 $\frac{1}{2}$ 85.75 bz

do. neue 3 $\frac{1}{2}$ 84.40 bz

do. 4 $\frac{1}{2}$ 95.25 bz

Do. Brandtg. Kreis 4 95.25 bz

E. Aprentz. 3 $\frac{1}{2}$ 83.75 bz

do. 4 95.70 bz

do. 4 $\frac{1}{2}$ 102.00 B

Pommersche 3 $\frac{1}{2}$ 83.60 bz

do. 4 $\frac{1}{2}$ 95.40 bz

do. 4 $\frac{1}{2}$ 101.80 bz

Po. —, neue 4 94.70 bz

Gärtz. 4 97.00 B

Görlitz. 3 $\frac{1}{2}$ 84.90 G

do. alte A. u. C. 4 — G

do. neue A. u. C. 4 101.70 bz

Wetz. ritter. 3 $\frac{1}{2}$ 82.50 G

do. 4 94.00 B

do. 4 $\frac{1}{2}$ 101.30 bz B

do. II. Serie 5 106.90 G

do. —, neue 4 100.75 G

do. 4 $\frac{1}{2}$ 101.80 bz G

Rentenbriefe:

Kurz. u. Reumärk. 4 95.25 bz

Pommersche 4 95.30 bz

Posente 4 94.30 bz

Preußische 4 95.00 bz

Rhein. u. Westfäl. 4 97.80 bz

Görlitz. 4 95.80 B

Görlitz. 4 95.80 B

Gouverneurs

Napoleond. 4 16.26 B

do. 500 Gr. — G

Dollars 4.18 bz

Imperials — bz

do. 500 Gr. 1396.0 J bz

Reinde. Banknot.

do. einschl. Leipzig. 81.50 bz G

Großb. Banknot. 166.35 bz

Rek. Banknot. 130.50 bz G

do. Silbergulden 254.50 bz

Russ. Noten 254.50 bz

Deutsche Fonds.

Do. 55.100 Bt. 3 $\frac{1}{2}$ 144.60 bz G

Do. Pr. 40 th. 2 $\frac{1}{2}$ 250.50 bz G

Do. Pr. A. v. 67 4 122.90 bz B

Do. 25 th. Obligat. 143.40 bz

Do. Präm.-Anl. 4 124.50 bz G

Do. 20th. L. 84.00 bz B

Do. 1874 4 107.00 bz

Do. Pr. A. v. 1866 3 173.60 G

Rek. Pr.-Anl. 3 $\frac{1}{2}$ 174.00 bz

Rek. Pr.-Anl. 3 109.50 bz G

Do. 120.00 bz

Rek. Pr.-Pfdbr. 5 108.00 bz

Do. II. Abth. 5 107.00 bz

Do. Pr. A. v. 1866 3 173.60 G

Rek. Pr.-Anl. 3 $\frac{1}{2}$ 174.00 bz

Rek. Pr.-Anl. 3 109.50 bz G

Do. 120.00 bz

Rek. Pr.-Pfdbr. 5 108.00 bz

Do. II. Abth. 5 107.00 bz

Do. Pr. A. v. 1866 3 173.60 G

Rek. Pr.-Anl. 3 $\frac{1}{2}$ 174.00 bz

Rek. Pr.-Anl. 3 109.50 bz G

Do. 120.00 bz

Rek. Pr.-Pfdbr. 5 108.00 bz

Do. II. Abth. 5 107.00 bz

Do. Pr. A. v. 1866 3 173.60 G

Rek. Pr.-Anl. 3 $\frac{1}{2}$ 174.00 bz

Rek. Pr.-Anl. 3 109.50 bz G

Do. 120.00 bz

Rek. Pr.-Pfdbr. 5 108.00 bz

Do. II. Abth. 5 107.00 bz

Do. Pr. A. v. 1866 3 173.60 G

Rek. Pr.-Anl. 3 $\frac{1}{2}$ 174.00 bz

Rek. Pr.-Anl. 3 109.50 bz G

Do. 120.00 bz

Rek. Pr.-Pfdbr. 5 108.00 bz

Do. II. Abth. 5 107.00 bz

Do. Pr. A. v. 1866 3 173.60 G

Rek. Pr.-Anl. 3 $\frac{1}{2}$ 174.00 bz

Rek. Pr.-Anl. 3 109.50 bz G

Do. 120.00 bz

Rek. Pr.-Pfdbr. 5 108.00 bz

Do. II. Abth. 5 107.00 bz

Do. Pr. A. v. 1866 3 173.60 G

Rek. Pr.-Anl. 3 $\frac{1}{2}$ 174.00 bz

Rek. Pr.-Anl. 3 109.50 bz G

Do. 120.00 bz

Rek. Pr.-Pfdbr. 5 108.00 bz

Do. II. Abth. 5 107.00 bz

Do. Pr. A. v. 1866 3 173.60 G

Rek. Pr.-Anl. 3 $\frac{1}{2}$ 174.00 bz

Rek. Pr.-Anl. 3 109.50 bz G

Do. 120.00 bz

Rek. Pr.-Pfdbr. 5 108.00 bz

Do. II. Abth. 5 107.00 bz

Do. Pr. A. v. 1866 3 173.60 G

Rek. Pr.-Anl. 3 $\frac{1}{2}$ 174.00 bz

Rek. Pr.-Anl. 3 109.50 bz G

Do. 120.00 bz

Rek. Pr.-Pfdbr. 5 108.00 bz

Do. II. Abth. 5 107.00 bz

Do. Pr. A. v. 1866 3 173.60 G

Rek. Pr.-Anl. 3 $\frac{1}{2}$ 174.00 bz

Rek. Pr.-Anl. 3 109.50 bz G

Do. 120.00 bz

Rek. Pr.-Pfdbr. 5 108.00 bz

Do. II. Abth. 5 107.00 bz

Do. Pr. A. v. 1866 3 173.60 G

Rek. Pr.-Anl. 3 $\frac{1}{2}$ 174.00 bz